

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

25.08.2023

Inhalt

EWN

1 Hafen- und Bahnausbau als Ausgleich für LNG-Terminal <i>nordkurier.de, 24.08.2023</i>	3
2 Linke: Billigstrom für Industrie benachteiligt Firmen in MV <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 25.08.2023</i>	4
3 Regionale Wirtschaft soll Löcher der Russland-Isolation stopfen <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 25.08.2023</i>	5

 nordkurier.de | 24.08.2023 Andreas Becker WEBLINK

INSEL RÜGEN

Hafen- und Bahnausbau als Ausgleich für LNG-Terminal

Berlin/Rügen

Der Ostbeauftragte kündigt ein Geschäft zwischen Bundes- und Landesregierung an. Lohnt sich Flüssiggas jetzt doch über Umwege für Mecklenburg-Vorpommern?

Lange Zeit war es ruhig um Carsten Schneider – nun aber hat sich der Ostbeauftragte der Bundesregierung in den Streit um das LNG-Terminal auf Rügen eingeschaltet. „Die Bundesregierung ist mit der Landesregierung in intensiven Gesprächen sowohl zur Realisierung des LNG-Projekts als auch zur Finanzierung des Hafenausbaus in Mukran, der für das Land und die Region darüber hinausgehenden Mehrwert bieten würde“, heißt es in einem vierseitigen Schreiben, das dem Nordkurier vorliegt und das Schneider mit Datum vom 24. August „An die Abgeordneten der Landesgruppen Ost der Ampelfraktion“ geschickt hat.

Backhaus und Meyer forderten Ausgleich

Der Ostbeauftragte bringt noch eine weitere Maßnahme ins Spiel, um das Land Mecklenburg-Vorpommern für den Standort eines umstrittenen LNG-Terminals zu entschädigen. Dabei geht es um die mögliche „Realisierung der Schienenstrecke Berlin–Angermünde–Pasewalk–Stralsund–Sassnitz-(Mukran)“. Dies würde laut Schneider dem Land insgesamt Vorteile bringen.

Deals zwischen Bundes- und Landesregierung als Kompensation für das fossile Projekt mit dreckigem und umweltschädlichem Flüssiggas auf einer der beliebtesten Urlaubsinseln Deutschlands hatten die beiden MV-Minister Till Backhaus (Umwelt) und Reinhard Meyer (Wirtschaft) bereits vor Monaten vehement gefordert. In einem Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatten die beiden SPD-Minister seinerzeit deutlich gemacht, einen „Akzeptanz fördernden Maßnahmenkatalog“ vonseiten der Bundesregierung aufzustellen.

Motto: Wenn Mecklenburg-Vorpommern schon einen großen LNG-Terminal vor der Haustür schultern müsse, sollte das Land auch an anderer Stelle davon profitieren. „Wir wollen Rügen zukunftsfest machen“, so Meyer und Backhaus. Ohne es als Forderung an den Bund gleich zu verstehen, hatten die MV-Minister auch schon einmal das finanzielle Volumen des Maßnahmenkatalogs platziert: eine Milliarde Euro.

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 25.08.2023 | S. 13

📄 Auflage: 17.247 | Reichweite: 47.760

👤 dpa

Linke: Billigstrom für Industrie benachteiligt Firmen in MV

Abschaffung der Stromsteuer gefordert

Schwerin. In der Diskussion um hohe Strompreise fordert die in MV an der Landesregierung beteiligte Linke rasch niedrigere Netzentgelte statt der Einführung eines Industriestrompreises. „Billiger, subventionierter Strom für große Industrieunternehmen etwa der Metall- oder Chemiebranche würde den kleinen und mittelständischen Unternehmen, die die Wirtschaftsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern prägen, keinerlei Vorteile bringen“, sagte die Linken-Fraktionschefin, Jeannine Rösler, gestern. „Im Gegenteil, es würde eine weitere Gerechtigkeitslücke gerissen, weil unsere Betriebe den subventionierten Strom mit bezahlen müssen.“ Dem Vergleichsportal Check24

zufolge müssen Kunden in Bundesländern, die verstärkt erneuerbare Energien ausgebaut haben, höhere Netznutzungsentgelte bezahlen. Die Investitionen in Windkraft und Solaranlagen sorgten für höhere Netzkosten, die auf Verbraucher der Region umgelegt würden, erklärte Energieexperte Steffen Suttner. Am meisten zahlen Verbraucher aus Brandenburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, am wenigsten Stromkunden aus Bayern. Um die Stromkosten einzudämmen, sollte über die Abschaffung der Stromsteuer nachgedacht werden, schlug Rösler vor. „Dies würde allen helfen, Privatpersonen, kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie der Industrie.“

Regionale Wirtschaft soll Löcher der Russland-Isolation stopfen

In Richtung Baltikum und Skandinavien solle die Wirtschaft verstärkt ihre Fühler ausstrecken, rät Ministerpräsidentin Schwesig. Die Unternehmer hatten aber auch viele Fragen – etwa zur Billig-Schwemme aus dem Ausland.

Seenplatte/Vorpommern. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) hat auf dem diesjährigen Exportabend in Neubrandenburg vor Vertretern der regionalen Wirtschaft am Mittwoch dafür geworben, engere wirtschaftliche Beziehungen zu baltischen und skandinavischen Staaten zu knüpfen. Wegen der Isolation Russlands würden ihnen wichtige Partner fehlen. „Die Eingangstür nach Deutschland ist Mecklenburg-Vorpommern“, sagte Schwesig.

Auf dem Deutsch-Finnischen-Businessforum im September und dem Baltic-Sea-Business-Day im April wolle man Kontakte intensivieren. MV-Wirtschaftsminister Wirtschaftsministers Reinhard Meyer (SPD) reist Mitte Oktober zudem mit einer Delegation nach Schweden und Norwegen. „Das ist eine riesige Chance“, sagte Meyer, der Schwesig an diesem Abend zusammen mit Till Backhaus (SPD) und Finanzminister Heiko Geue (SPD) den Rücken stärkte.

Und die Idee kam gut an: Katharina Clausohm von der Clausohm-Software GmbH aus Neverin bekundete daraufhin sogleich Pläne, sich um Kontakte nach Skandinavien und den baltischen Staaten bemühen zu wollen. „Ich habe mir das auf die Fahnen geschrieben.“ Die nötige Kommunikation zum Binden neuer Geschäftspartner beherrschen nach ihrer Erfahrung übrigens Frauen besser: „Der menschliche Kontakt ist unersetzlich.“

Warnung vor Billig-Produkten

Besonders kritische Punkte des Außenhandels sprach indes Armin Kremer von der Mecklenburger Landputz GmbH aus Domsühl an. Er warnte, dass unbedingt gegen die Schwemme an Billig-Produkten aus dem Ausland vorgegangen werden müsse. Dort müsse sich keiner an Standards wie in Deutschland halten. Deshalb sollte dem wenigstens mit Zöllen Einhalt geboten werden. Ansonsten bedeute das für viele Betriebe das Ende. Die Ministerpräsidentin stufte dies ebenso

als großes Problem ein: „Das ist eine große Herausforderung.“ Konkrete Lösungen nannte sie am Abend aber nicht.

Schwesig betonte auf der von der IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern initiierten Veranstaltung auf dem Gelände der Jackle und Heidi GmbH außerdem, dass auch die Mecklenburgische Seenplatte ein wirtschaftliches Schlaglicht ist – und nicht nur die Ostseeküste. Das würden die Menschen auch ausstrahlen, wie sie auf ihrer Tour bemerkt hat: „Die Menschen in Neubrandenburg und Umgebung sind unheimlich stolz auf ihre Region.“ Potenziale gebe es genug. Denn die Rohstofflandkarte verändert sich. „Sonne, Wind, Bio- und Geothermie – das alles haben wir.“

In erster Linie wolle man vorhandene Betriebe stärken. Schwesig findet nach eigener Aussage alle Unternehmen wichtig, egal wie groß sie sind. Die deutliche Mehrheit an Unternehmen in Land habe weniger als 20 Mitarbeiter. Außenwirtschaftlich aktiv seien in der Seenplatte und Vorpommern rund 15 Prozent der Firmen. Im Land entwickle sich der Außenhandel aber gut: „Seit 2018 verzeichnen wir ein stetiges Wachstum im Außenhandel. Im vergangenen Jahr betrug das Volumen insgesamt 20 Milliarden Euro. Auch die Zahlen dieses Jahres sind positiv: Im Vergleich zum Vorjahr ist unser Außenhandel im Export in den ersten fünf Monaten um 192 Millionen Euro und im Import um 84 Millionen Euro angestiegen.“

Mehr Neuansiedlungen nötig

Neben der Stärkung gesetzter Unternehmen müsse sich weiter um Neuansiedlungen gekümmert werden. Besonders vorteilhaft seien die kurzen Wege in MV. Man könne von einem „Team MV“ aus Wirtschaft, Wissenschaft und Regierung sprechen. Diese kurzen Wege lobte auch Hanjo Runde aus dem Vorstand der Hanse Yachts AG aus Greifswald. Sein Unternehmer

bereite allerdings die Unterbrechung von Lieferketten durch die Corona-Pandemie und den Ukrainekrieg große Schwierigkeiten.